

Was uns schützt.



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Thomas Schaefer (KV Erfurt)

Änderungsantrag zu EP-WS-01

Von Zeile 79 bis 85:

~~Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern ernst ist, bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem Europa der Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß. Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht darum, Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der nimmt in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.~~

Dabei sind wir immer wieder bereit, auch schwierige Kompromisse zu schließen um gemeinsam in Europa voran zu kommen. Die EU ist ein Projekt der Pluralität, mit vielen Stimmen in den unterschiedlichen Mitgliedsländern, die zu einer gemeinsamen Lösung finden müssen und wollen. Wer Kompromisse als solche ablehnt, gefährdet die Funktionsfähigkeit Europas und nimmt hin, dass Vertrauen in die europäische Demokratie erodiert. Dabei gibt es jedoch Grenzen. Wir sind nicht bereit für die Funktionsfähigkeit Europas europäische Werte aufzugeben. Wenn ein Kompromiss ein ungerechtes und menschenunwürdiges System auf Jahre festschreibt, ist dies ein Kompromiss, den wir nicht zu schließen bereit sind. Wir setzen uns dafür ein Mehrheiten für eine Politik zu finden, die ohne solche Brüche mit dem europäischen Projekt an sich auskommt.

Begründung

Mit der ursprünglichen Politik schreiben wir in unser Wahlprogramm, dass sich die Leute schonmal dran gewöhnen sollen, dass wir im Zweifel doch nicht die Politik machen, für die sie uns wählen.

Wenn wir eins aus der Diskussion um GEAS im Sommer gelernt haben sollten, dann das wir nicht bereit sind jeden Beschluss auf Teufel komm raus zu schließen. Diesen Absatz danach so in ein Wahlprogramm zu schreiben kommt einer Anmaßung gegenüber den eigenen Anhänger*innen und Wähler*innen gleich. Wir Bündnisgrüne sind uns der Notwendigkeit zu gestalten sehr bewusst. Wir treffen die ganze Zeit, in Kommunen, Ländern oder eben auch vor zwei Jahren verantwortliche Entscheidungen um Einfluss zu nehmen, wohl wissend, dass das auch die Notwendigkeit zu Kompromissen bedeutet. Vor dem Hintergrund klingt der Absatz zudem paternalistisch. Auch unsere Wähler*innen wissen und erwarten von uns einen Verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Stimme und ihrem Vertrauen. Dazu gehört aber auch rote Linien zu ziehen - bei Grundwerten, grundsätzlich bei reaktionären Narrativen und Inhalten oder auch beim Klima,- und nicht eine Politik gegen deren Grundüberzeugungen zu unterstützen.

weitere Antragsteller*innen

Isabell Christin Welle (KV Jena); Janek Schmidt (KV Erfurt); Jasper Robeck (KV Erfurt); Ann-Sophie Bohm (KV Weimar-Stadt); Karoline Jobst (KV Saale-Orla); Tim Strähnz (KV Jena); Jeremy Schönheyde (KV Gera); Susanne Martin (KV Saale-Holzlandkreis); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Anke Nettelroth (KV Erfurt); Justus Heuer (KV Jena); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Clara Käßner (KV Gera); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); sowie 57 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.